

Swoboda, Hannes

Article

Zur Krise der Kommunalpolitik am Beispiel Wien

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Swoboda, Hannes (1984) : Zur Krise der Kommunalpolitik am Beispiel Wien, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 10, Iss. 3, pp. 335-355

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332161>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Krise der Kommunalpolitik am Beispiel Wien

Hannes Swoboda

Gesellschaftliche Krisen und Strukturveränderungen haben im städtischen Bereich bestimmte und oft sehr ausgeprägte Auswirkungen. In einer Welt mit einem hohen Anteil städtischer Bevölkerung und darüber hinaus mit einem hohen Anteil urbaner Verhaltensweisen, kultureller Einstellungen und Werthaltungen ist es für die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse nicht unbedeutend, die konkreten städtischen Ausprägungen dieser Verhältnisse zu untersuchen und zu analysieren. Wenn im folgenden Wien als Beispiel herangezogen wird, so hat das nicht nur naheliegende Gründe, sondern wird auch dem grundsätzlichen Ziel dieser Analyse durchaus gerecht. Wien ist eine Großstadt, aber sie gehört keineswegs zu den größten Städten dieser Welt. Es ist kleiner als etwa London, Paris und Rom, hat ungefähr die gleiche Bevölkerungszahl wie Hamburg, München und Mailand und ist größer als Städte wie Neapel, Genua, Bologna, Köln, Essen, Lyon.

Wien ist eine Stadt mit einer langen Tradition, mit einer zum Teil sehr alten bewahrenswerten Gebäudesubstanz, aber es handelt sich um eine Stadt, in der es in den letzten Jahrzehnten eine sehr rege und umfangreiche Neubautätigkeit gegeben hat. Von dem 1981 gezählten Wohnungsbestand von 704.100 bewohnten Wohnungen, wurden 300.000, also über zwei Fünftel, nach 1945 gebaut.

Wien ist eine Stadt mit einem großen, industriell gewerblichen Sektor, aber es ist dennoch keine bloße Industriestadt. In Wien wirken sich eine Reihe von gesellschaftlichen Krisen und Brüchen aus, ohne daß diese hier in einer unbewältigbaren Überspitzung ihren Ausdruck finden.

Natürlich ist jede Stadt, die als Beispiel für eine umfassendere Analyse herangezogen wird, durch Sonderfaktoren geprägt, und nicht vollständig vergleichbar mit irgend einer anderen Stadt. Dennoch

scheint es gerade für den europäischen Raum durchaus sinnvoll zu sein, kommunale Probleme am Beispiel Wiens auseinanderzusetzen.

1. Die demographische Entwicklung

Wien hat im Laufe der letzten 100 Jahre alle Möglichkeiten der Bevölkerungsentwicklung durchgemacht. Zuerst eine sehr stürmische Zuwanderung, insgesamt ein extremes Bevölkerungswachstum, dann Phasen der Stagnation und zuletzt Phasen des deutlichen Bevölkerungsverlustes. Dabei stagniert sowohl die Ostregion insgesamt, als auch die größeren Landeshauptstädte in Relation zur Entwicklung der Bundesländerbevölkerung.

Anders hingegen ist die Situation im Wiener Umland: es hat deutliche Bevölkerungsgewinne zu verzeichnen. Das Wien umgebende Bundesland Niederösterreich hatte zwischen 1971 und 1981 einen Bevölkerungszuwachs von 13.700 bzw. 1 Prozent. Diese Durchschnittszahl verzerrt jedoch die tatsächliche Entwicklung. Die Wien fernerliegenden niederösterreichischen Randbezirke, wie Hollabrunn, Gmünd, Zwettel, aber auch Mistelbach registrierten nämlich eine deutlich

Tabelle 1

Wohnbevölkerung

	1961	1971	1981
Österreich	7,073.807	7,456.403	7,555.338
Größere Landeshauptstädte:			
Graz	237.080	248.500	243.166
Linz	195.978	202.874	199.910
Salzburg	108.114	128.845	139.426
Innsbruck	100.695	115.197	117.287
Klagenfurt	75.684	82.512	87.321
Summe	717.551	777.928	787.110
Anteil der fünf größeren Landeshauptstädte an der Bevölkerung der betreffenden Bundesländer	20,07%	20,03%	19,57%
Wien	1,627.566	1,614.841	1,531.346
Ostregion (Wien, Niederösterreich, Burgenland)	3,272.579	3,301.121	3,228.966
Anteil Wiens an der Ostregion	49,7%	48,9%	47,4%

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Tabelle 2

Wohnhafte Berufstätige (einschließlich Arbeitslose)

	1961	1971	1981
Österreich	3,369.815	3,097.986	3,412.108
Größere Landeshauptstädte (Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt)	343.147	340.084	364.200
Anteil der fünf größeren Landes- hauptstädte an den Berufstätigen dieser fünf Bundesländer	20,7%	21,6%	20,4%
Wien	820.597	719.538	720.173
Ostregion (Wien, Niederöster- reich, Burgenland)	1,601.517	1,414.704	1,483.037
Anteil Wiens an der Ostregion	51,2%	50,9%	48,6%

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Dieser Bevölkerungsverlust geht zum Teil auf das Konto von Wanderungsverlusten und zum Teil und zunehmend auf das Konto des Geburtendefizits.

Tabelle 3

Bevölkerungsbilanz

	1961/71	1971/81
Österreich		
Wohnbevölkerung	+ 417.719	+ 63.812
davon Geburtenbilanz	+ 340.844	- 9.898
davon Wanderung	+ 76.875	+ 73.710
Fünf größere Landeshauptstädte		
Wohnbevölkerung	+ 65.196	+ 4.363
davon Geburtenbilanz	+ 18.385	- 10.390
davon Wanderung	+ 46.811	+ 14.753
Ostregion (Wien, Niederösterreich, Burgenland)		
Wohnbevölkerung	+ 40.441	- 84.054
davon Geburtenbilanz	- 16.434	- 144.979
davon Wanderung	+ 24.007	+ 60.925
Wien		
Wohnbevölkerung	- 7.681	- 88.539
davon Geburtenbilanz	- 76.127	- 117.256
davon Wanderung	+ 68.446	+ 28.717

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

negative Bevölkerungsbewegung. Hingegen haben die von der Wiener Abwanderung am meisten profitierenden Bezirke (Wien-Umgebung, St. Pölten, Mödling, Wiener Neustadt, Tulln und Baden) einen Zuwachs von 50.500 Einwohnern zu verzeichnen.

Hinzu kommt, daß eine sehr starke Überalterung der Bevölkerung erkennbar ist – 20,8 Prozent sind über 65 Jahre alt – sodaß aus demographischer Sicht durchaus mit Recht von einer stagnierenden Stadt gesprochen werden kann.

Das einzig dynamische Element in dieser Hinsicht sind die ausländischen Arbeitskräfte. Auch wenn es bezüglich der Gastarbeiter zu einer Stagnation der Zuwanderung gekommen ist, weisen sie doch eine deutlich höhere Geburtenrate auf als die österreichische Bevölkerung, sodaß vor allem der Anteil der Gastarbeiterkinder an den Wiener Kindern insgesamt, trotz Rückgang der Gastarbeiterfamilien, im Steigen begriffen ist. So hatten von den 1982 15.000 Lebendgeborenen ca. 12.200 die österreichische Staatsbürgerschaft und etwa 2000 waren jugoslawischer und türkischer Staatsangehörigkeit.

Tabelle 4

Ausländer in Wien

	polizeil. gemelde- te Ausländer*)	Unselbständig besch. Ausländer	in % der unselb- ständig Beschäf- tigten in Wien	in % der unselbst. beschäftigten Ausländer in Österreich
1978	137.049	79.196	10,1	44,8
1979	139.295	76.372	9,9	44,8
1980	145.803	79.268	10,4	45,4
1981	152.802	78.431	10,3	45,7
1982	146.782	71.128	9,4	45,6
1983	146.444	67.445	9,1	46,3

* inkl. Flüchtlinge; zum Jahresende

Quelle: F. Köppl, G. Ziniel, Probleme ausländischer Arbeitnehmer am Beispiel Wien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 28, Wien 1984, eigene Berechnungen

Doch dieses dynamische Element in der Bevölkerungsstruktur bringt auch Probleme mit sich, da keineswegs von einer zufriedenstellenden Integration der Gastarbeiter in die Wiener „Stammbevölkerung“ gesprochen werden kann. Insbesondere in Zeiten einer Wirtschaftskrise und vor allem eines nicht ausreichenden Angebots an Arbeitsplätzen kann es zu deutlichen Friktionen und Konflikten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen kommen. Auch in vielen anderen Großstädten sind für die Zuwanderer aus dem Ausland oder den weniger entwickelten Regionen im Inland höhere Geburtenraten kennzeichnend, mit all den Folgeproblemen mangelnder Integration.

2. Die wirtschaftliche Entwicklung

Lange Zeit war die Annahme begründet, daß die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen den städtischen Bereich nicht, oder nur in geringerem Ausmaß berühren. Städte galten als weitaus krisenfester als vor allem ländliche Gebiete und ältere Industrieregionen. Nun hat sich aber, und das nicht nur in Wien, sondern in vielen anderen europäischen Städten gezeigt, daß die Wachstumsraten des regionalen bzw. des Urbanprodukts keineswegs höher, zum Teil sogar geringer ausfallen als die Steigerungsraten des Bruttoinlandsprodukts des Gesamtstaates. Und auch was die Auswirkungen des geringen Wirtschaftswachstums auf die Beschäftigung betrifft, so muß davon ausgegangen werden, daß die Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit bzw. die Zunahme der Arbeitslosenrate im städtischen Bereich durchaus dem Durchschnitt entspricht und zum Teil über dem nationalen Durchschnitt liegt. So ist fürs erste festzuhalten, daß die allgemeine Wirtschaftsentwicklung in zumindest länger andauernden Krisen durchaus die Städte mit gleicher, zum Teil größerer Härte trifft.

Auf der anderen Seite kommt aber auch die Tertärisierung, also die komplementäre Entwicklung des Dienstleistungsbereichs ins Stocken. Die Expansion des Dienstleistungssektors, das ist zumindest die Erfahrung der letzten Jahre, reicht nicht mehr aus, um jenen Arbeitskräften, die im industriell-gewerblichen Sektor keine Beschäftigungsmöglichkeit finden, ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Überdies dürfte doch für einen nicht unwesentlichen Teil des Dienstleistungssektors Industrie und Gewerbe eine notwendige Existenz- und Expansionsbasis darstellen. Soweit diese nicht ausreichend vorhanden ist, hemmt dies die Entwicklung des tertiären Sektors.

Tabelle 5

Wachstumsraten des Bruttourbanproduktes und des Bruttoinlandsproduktes* zu konstanten Preisen (1976)

		1978	1979	1980	1981	1982	1983
Industrie	W	0,3	5,3	8,9	-1,9	-0,5	1,6
	Ö	1,6	7,1	3,4	-1,4	-0,1	0,9
Gewerbe	W	-2,9	-1,1	0,7	1,1	0,7	-1,3
	Ö	-1,2	6,1	1,4	-0,9	0,9	2,0
Sekundärer Sektor insges.	W	-0,2	3,2	4,7	-1,5	-1,4	0,0
	Ö	0,3	5,6	2,9	-1,4	-0,5	0,9
Tertiärer Sektor	W	0,6	4,3	4,1	1,2	1,2	3,1
	Ö	1,3	5,0	3,5	1,8	1,6	2,9
BUP BIP*)	W	-0,1	3,6	4,2	0,0	0,2	2,0
	Ö	0,5	4,9	3,1	0,1	0,5	2,0

Quelle: SOREF, Die Entwicklung der Wiener Wirtschaft im 1. Quartal 1984, Wien, Juli 1984

* ohne Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Importabgaben und MwSt.

Als Folge der geringeren Wachstumsraten Wiens sank der Beitrag zur Bruttowertschöpfung Österreichs zwischen 1978 und 1983 von 28,4 Prozent auf 27,7 Prozent. Innerhalb der Sachgütererzeugung sank der Anteil von 23,7 Prozent auf 22,3 Prozent und bei den Dienstleistungen von 34,8 Prozent auf 33,6 Prozent.

Ein ähnliches, wenngleich zum Teil weniger scharf gezeichnetes Bild ergibt die Entwicklung der Beschäftigung und auf dem Arbeitsmarkt.

Tabelle 6

Unselbständig Beschäftigte – Jahresdurchschnitt

	Wien absolut	Österreich absolut	Wien in % von Österreich
1978	786.326	2,757.705	28,5
1979	774.325	2,773.719	27,9
1980	763.247	2,788.737	27,4
1981	764.367	2,798.557	27,3
1982	754.404	2,766.350	27,3
1983	734.701	2,734.729	26,9

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Tabelle 7

Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Wiens Anteil an den Beschäftigten in Österreich insgesamt

	Verarbeitendes Gewerbe und Industrie	Dienstleistungen
1978	23,1	32,8
1979	22,5	32,5
1980	21,9	32,0
1981	21,7	32,4
1982	21,4	31,8
1983	20,9	32,3

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Wie man sieht, konnte sich die Beschäftigung noch relativ gut im Dienstleistungssektor halten. Waren 1978 63,6 Prozent aller Unselbständig Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich tätig, so waren es 1983 immerhin bereits 68,5 Prozent (in absoluten Zahlen: 490.800 bzw. 505.100 Beschäftigte). Dies, obwohl die Wachstumsraten im tertiären Sektor meist unter denen in Österreich insgesamt lagen; allerdings waren sie durchwegs höher als die Wachstumsraten des Bruttourban-

produktes. In diesem Sinne setzte sich die Tertiärisierung – oder negativ, die Entindustrialisierung – fort.

Dennoch verhinderte diese Strukturveränderung nicht ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit und sogar eine relative Annäherung der Arbeitslosenrate Wiens an die Österreichs.

Tabelle 8

Vorgemerkte Arbeitssuchende und offene Stellen

Jahr	Vorgemerkte Arbeits- suchende (Arbeitslose) in Wien	Rate der Arbeitslosigkeit		Anteil der Wiener Arbeitslosen
		Wien	Österreich	
1978	11.284	1,4	2,1	19,3
1979	11.819	1,5	2,0	20,8
1980	11.433	1,5	1,9	21,5
1981	16.325	2,1	2,5	23,6
1982	25.556	3,3	3,7	24,3
1983	30.739	4,0	4,5	24,4

Quelle: SOREF, Der Wiener Arbeitsmarkt – Zwischenbericht 1984, Studie im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Grundsätzlich ist jedenfalls festzuhalten, daß sowohl für Industrie und Gewerbe, zum Teil aber auch für den Dienstleistungssektor, die Standortvorteile der Städte abnehmen, bzw. die Standortvorteile des Umlandbereiches zunehmen. Das gilt vor allem für jene Phase der betrieblichen Entwicklung bzw. des Produktzyklus, in der es um die Massenproduktion geht, und in der z. B. Forschung und Entwicklung und andere, eher ballungsraumbezogene Aktivitäten nicht mehr die entscheidende Rolle spielen. Mit einer Zunahme der Kommunikationsmöglichkeiten im Medienbereich werden jedoch auch noch die verbleibenden Standortvorteile im Ballungsgebiet geringer, soweit nicht eine bewußte und gezielte Betriebsansiedlungspolitik seitens der Städte, womöglich mit Unterstützung durch nationale Einrichtungen durchgeführt wird.

Wie angeführt, hat die auch auf nationaler Ebene nicht zufriedenstellende Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich durchaus gleichgewichtige Auswirkungen auf die Beschäftigungslage in den Städten. So führt die steigende Arbeitslosigkeit vor allem bei jugendlichen Arbeitnehmern zu sozialen Problemen die angesichts der gegenüber den sechziger und fünfziger Jahren geringeren Wachstumsraten bei den öffentlichen Einnahmen umso schwerer zu lösen sind.

Damit ist bereits eine wesentliche Folge der abgeschwächten wirtschaftlichen Aktivität auf den öffentlichen Sektor ausgesprochen. Im

Zuge der Expansion in den letzten 20 Jahren kam es zu einer Reihe von größerer angelegten Investitionsprojekten die auch heute noch hohe Anforderungen an die Ausgabenseite der kommunalen Budgets stellen. Für Wien seien nur 2 Beispiele genannt, der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und der U-Bahn-Bau. Aber fast jede größere Stadt kann vergleichbare Großprojekte aufweisen¹. Die Finanzierbarkeit dieser ähnlich gelagerten Projekte schien kein bedeutsames Problem zu sein, aber die starken Kostensteigerungen einerseits und die hinter den Erwartungen zurückbleibenden Einnahmesteigerungen andererseits haben eine Schere geöffnet, die nun zu recht ansehnlichen Finanzierungsschwierigkeiten führen. Wobei die Finanzierungsprobleme sich gerade dann abzeichneten, als eine umfangreiche Investitionstätigkeit zur Beschäftigungssicherung notwendig wurde.

Tabelle 9

Entwicklung der Ausgaben im Rahmen des Wiener Budget (in Mio. S)

	1976	1983	1976/83
Leistungen für Personal, Pensionen	10.299	18.205	66,77
Instandhaltungsaufwand	1.474	2.796	89,6
Aufwendungen Wohnbauförde- rung 1968	3.739	5.135	37,3
Fremdmittel für Dritte, Weitergabe	2.315	996	— 57,0
Fremdmittelgebahrung interne Verrechnung	1.125	2.190	94,6
eigener Schuldendienst	705	3.407	383,2
Schuldendienst für Dritte	1.609	4.050	151,7
Investitionen	8.566	8.692	0,1
sonstige Ausgaben	10.281	21.492	109,0
Gesamtausgaben	40.113	66.966	66,9

Quelle: Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien 1976 und 1983, eigene Berechnungen

Parallel zu den Finanzierungsproblemen kam darüber hinaus auch die später zu erwähnende sinkende Akzeptanz solcher Großprojekte, die die rein ökonomischen Probleme zu gesellschaftlichen und politischen Problemen erweiterte und damit sowohl die Lösung der Finanzierungsprobleme der laufenden Projekte als auch die Inangriffnahme neuer Projekte unter anderem zur Unterstützung der Beschäftigungspolitik deutlich erschwert haben.

2.1. Exkurs: Die Entwicklung in anderen Ländern

Die hier für Wien aufgezeigten Entwicklungen, sind auch für viele andere Länder bzw. Städte nachzuzeichnen, was beispielhaft im folgenden versucht werden soll. Ein Vergleich der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung zwischen Amsterdam und den Niederlanden insgesamt ergibt folgendes Bild: (Diese Strukturveränderungen betreffen jedoch nicht nur Amsterdam selbst, sondern auch die übrigen Großstädte in der Randstadt-Region).

Tabelle 10

Strukturveränderungen in Amsterdam und den Niederlanden

	1960	1970	1980	VÄ 60/80
		Niederlande		
Bevölkerung	11,550.000	12,953.000	14,089.000	22%
Pro-Kopf-Einkommen (Index)	100	238	645	
Arbeitsbevölkerung	4,169.000	4,737.000	5,390.000	29,3%
Arbeitsplätze	4,192.000	4,681.000	4,796.000	14,4%
Arbeitslose	1,7%	1,2%	5,9%	
		Amsterdam		
Bevölkerung	869.600	820.406	717.000	-17,5%
Pro-Kopf-Einkommen (Index)	100	239	489	
Arbeitsbevölkerung	289.650	279.000	245.350	-15,3%
Arbeitsplätze	347.500	390.400	328.200	- 5,6%
Arbeitslose	1,2%	1,5%	6,8%	

Quelle: OECD, Group on Urban Affairs, UP/E (84) 11, eigene Berechnungen

Ein regional ungleiches Wachstum der Bevölkerung weisen viele Städte auf, zum Teil sind es Verschiebungen zwischen den Regionen (z. B. USA: vom Nordosten zum Sunbelt, in der BRD von Norden in den Süden), zum Teil zwischen Großstädten einerseits und Klein- und Mittelstädten und den ländlichen Regionen andererseits.

Tabelle 11

Bevölkerungsentwicklung in Frankreich 1975–1982

Ländliche Gebiete	+0,88%
Städtische Gebiete insgesamt	+0,3 %
—— Kleinstädte	+0,85%
—— Mittelstädte	+0,25%
—— Großstädte	+0,13%
Frankreich insgesamt	+0,44%

Quelle: OECD, Group on Urban Affairs UP/E (84) 10

Tabelle 12

Bevölkerungsentwicklung in Norwegen 1950–1980

Städtische Gebiete insgesamt	+ 72%
Städte über 10.000 EW	+ 53%
Städte unter 10.000 EW	+121%

Quelle: OECD, Group on Urban Affairs UP/E (84) 9, eigene Berechnungen

Auch in der langen Periode 1950–1980, in der der Anteil der städtischen Bevölkerung Norwegens von 51% auf 70% gestiegen ist, nahmen die kleineren Städte ungleich stärker zu als die großen. Auch die Region Stockholm zeigt ähnliche Tendenzen. Während sie in den sechziger Jahren eine Nettozuwanderung von 8.000 Einwohnern aus dem übrigen Schweden erfuhr, wanderten in den sechziger Jahren über 4.000 aus dieser Region ab.

Ebenso einheitlich ist der unterschiedliche Beitrag der Städte (insbesondere der Kernstädte) und der übrigen Regionen zur Arbeitsplatzschaffung.

Tabelle 13

Norwegen: Arbeitsplätze in der Industrie

	1972	1974	1981	1974-1981
Städt. Regionen	265.000	267.400	245.000	-22.400
Entwicklungsregionen	104.000	110.000	117.600	7.000
Norwegen insg.	369.000	378.000	362.600	-15.400

Quelle: OECD, Group on Urban Affairs, U 8/E (84) 9

Tabelle 14

BRD: Arbeitsplätze in der Industrie in größeren städtischen Regionen

	1982 absolut	Veränderung zum Vorjahr in %			
		1979	1980	1981	1982
Kernstädte	3,150.451	-0,2	0,1	-2,1	-3,3
dichte Stadtrandgebiete	2,047.815	2,0	1,6	-1,7	-2,1
andere Vororte	679.278	2,2	1,6	-1,5	-1,9

Quelle: OECD, Group on Urban Affairs, UP/E (84) 14

Tabelle 15

BRD: Beschäftigung im Dienstleistungssektor in größeren Städtereionen

	1982 absolut	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
		1979	1980	1981	1982
Kernstädte	4,373.238	2,4	1,6	0,2	-0,2
dichte Stadtraumregionen	1,381.985	4,7	3,9	2,0	2,4
sonstige Vororte	581.933	3,9	3,7	2,1	2,7

Quelle: OECD, Group on Urban Affairs, UP/E (84) 14

Die hier angeführten Statistiken können nur ein sehr unvollständiges Bild von der Entwicklung der letzten Jahre, z. T. Jahrzehnte zeichnen. Bei aller Vorsicht beim Gebrauch und vor allem Vergleich von Statistiken aus verschiedenen Ländern ist das Bild zu eindeutig, um nicht ähnlich gelagerte Tendenzen und Strukturveränderungen zu erkennen. Allem Anschein nach gibt es für größere Städte – groß jeweils bezogen auf die regionale Bevölkerungsstruktur des Landes – Grenzen des Wachstums. Diese betreffen jedenfalls die Kernstädte und beziehen sich auf die Bevölkerungsentwicklung sowie das Wachstum der Arbeitsplätze in der Industrie und abgeschwächt auch im Dienstleistungsbereich.

Grenzen des Wachstums bedeuten jedoch nicht den Niedergang dieser Städte. Es gibt durchaus „selbstkorrigierende“ Entwicklungen, vor allem bei einer entsprechend abgestimmten Politik zwischen Städten, Ländern und dem Gesamtstaat. Ohne alle Nuancen und Konsequenzen der in New York eingeschlagenen Kommunalpolitik gutzuhießen, scheint diese Stadt ein Beispiel abzugeben, in welcher relativ kurzer Zeit eine steile Abwärtsentwicklung zumindest gestoppt werden kann. Inwieweit eine dauerhafte Trendveränderung herbeigeführt werden kann, ist derzeit allerdings nicht abzuschätzen².

3. Die Vertrauenskrise

Wie schon angedeutet, sind die Städte nicht nur von Krisenerscheinungen im gesellschaftlichen Unterbau, – die demographische Krise, die Wirtschaftskrise u. a. – gekennzeichnet, sondern sie sind auch von damit zusammenhängenden und diese Krisenerscheinung verstärkenden Problemen im Überbaubereich betroffen. Diese Vertrauenskrise drückt aus, daß ein wachsender Teil der Bevölkerung – nicht immer aus derselben Motivation heraus und in dieselbe Stoßrichtung zeigend – den für das kommunale Geschehen verantwortlichen Politikern und Beamten gegenüber Mißtrauen zum Ausdruck bringt, vor allem mangelndes Vertrauen in ihre Lösungskompetenz.

Mit steigender Arbeitslosigkeit, vor allem auch bei Jugendlichen (wenngleich gerade für Österreich und im speziellen auch für Wien keineswegs so hohen Werte zu verzeichnen sind wie in anderen europäischen Städten), sinkt das Vertrauen in die „Machbarkeit“ der Vollbeschäftigung. Dies betrifft wahrscheinlich sozialdemokratische Politiker und Parteien mehr als andere, da diese ihre politische Kraft aus der Bereitschaft die Vollbeschäftigung zu erhalten, bzw. wieder herzustellen, bezogen haben. Diese Vollbeschäftigungsabsicht war ja ein wesentlicher Grund sozialdemokratische Parteien an die Spitze von nationalen und z. T. regionalen Verwaltungen zu wählen. Dabei wurde Vertrauen aufgebaut, das bei mangelndem Erfolg umso stärker Mißtrauen und Enttäuschung erwarten läßt. Besonders das Mißtrauen Jugendlicher gegenüber einem Staat der zwar weitgehend die berufliche Ausbildung garantieren kann, jedoch an der „Bereitstellung“ von Arbeitsplätzen

scheitert, birgt einen großen Risikofaktor für die gesellschaftliche Integration und für den inneren Frieden. Eigentlich ist es erstaunlich, in welch geringem Ausmaß – vor allem auch in Städten mit sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit –, es zu Unruhen und Revolten gekommen ist. Anscheinend wirkt die nach wie vor relativ gute allgemeine wirtschaftliche Lage, verbunden mit ausreichend Kaufkraft auch der meisten arbeitslosen Jugendlichen, z. B. zum Kauf von längerlebigen Konsumgütern (z. B. Mopeds, Videospielen etc.) so „beruhigend“, daß es eher zu Resignation kommt, als zu Revolten gegen die Gesellschaft.

Des weiteren hat sich eine große Skepsis bereitgemacht, daß die politisch Verantwortlichen fähig sind, die längerfristigen Zielsetzungen des Lebens und Überlebens in einer durch die industrielle Wirtschaft bedrohten Welt zu garantieren. Der Umweltbereich ist vor allem im mitteleuropäischen Raum, aber auch darüber hinaus zu einem Brennpunkt gesellschaftlicher Konflikte in urbanen Regionen geworden und nicht zufällig waren die größten Erfolge der Grünen in der Bundesrepublik Deutschland vor allem im städtischen Bereich zu verzeichnen.

Die kritische Haltung im Umweltbereich hat natürlich auch ihre Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit der Städte. Großprojekte, aber z. T. auch Neubauten generell werden überaus kritisch beurteilt. Möglichst umfangreiche Bauprojekte mit hohem Finanzierungsaufwand und dementsprechenden Folgekosten gelten nicht mehr als Indikatoren kommunaler Leistungsfähigkeit. Oft im Gegenteil. In der Folge ist speziell in Wien auch der kommunale Wohnbau einer viel kritischeren Betrachtung unterzogen worden, als sich das die Initiatoren des sozialen Wohnungsbaues jemals vorstellen konnten. Der soziale, insbesondere der kommunale Wohnbau, als ein Instrument der Wohnungsverorgung für einkommensschwächere Schichten, hat sicherlich zu einer deutlichen gesellschaftlichen Macht und Strukturveränderung geführt. Die Abhängigkeit des Einzelnen vom privaten Hausherrn und seinen Profitinteressen wurde deutlich durch die Existenz von über 200.000 kommunalen Wohnungen (= fast 30 Prozent der bewohnten Wohnungen) gemindert. Es gab eine Alternative, wenngleich sie nicht für die angemessene Wohnungsverorgung aller jemals ausgereicht hat. Die Kostensteigerungen in diesem Bereich, durch viele Jahre von den für die Bautätigkeit Verantwortlichen nicht genügend als Problem erfaßt, Qualitäts- und Ausstattungsprobleme in der Wohnung selbst, und vor allem in der Wohnumgebung, im Wohnumfeld haben zu vermehrter Kritik an der kommunalen Wohnbautätigkeit geführt. Und das nicht nur seitens jener Interessensgruppen, die die privaten Hausherrn vertreten, sondern auch seitens der unmittelbar betroffenen Nutznießer der kommunalen Wohnbautätigkeit. Hinzu kommt, daß in die private Nutzung und Verfügbarkeit von Grund und Boden kaum eingegriffen worden ist, und die feudalen Verhältnisse auf dem Bodenmarkt mehr oder weniger unkorrigiert geblieben sind. Dies hat zu einer sub-optimalen Grundstücksversorgung und zu zusätzlichen Verteuerungen im sozialen Wohnbau geführt.

Jedenfalls ist der Umweltbereich im umfassenden Sinn sowohl, was

die natürlichen Lebensgrundlagen betrifft, als auch hinsichtlich der baulichen Umwelt, zu einem Mittelpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen geworden, sozialen Auseinandersetzungen, die den traditionellen Klassenkonflikt weitgehend überlagert haben. Es hat aber auch dazu geführt, daß Konflikte aufgebrochen sind, zwischen jenen Arbeitnehmerschichten, die noch an den traditionell von sozialistischen Parteien propagierten Zielsetzungen gebunden sind und neuen gesellschaftlichen Schichten, die sich an anderen Werten, „postmaterialistischen“ Werten, orientierten. Dieser Konflikt betrifft naturgemäß linke Parteien und dies vorrangig im städtischen Bereich, in einem viel stärkerem Ausmaß. Deutlich ersichtlich ist das aus den letzten Wahlergebnissen in der Bundesrepublik Deutschland: der Mißerfolg der Sozialdemokraten ist dort besonders ausgeprägt, wo der Erfolg der Grünen sehr deutlich ausfällt.

Eine dritte in diesem Zusammenhang interessante Krisenerscheinung betrifft den Sozialsektor. Wie oben schon angedeutet, wachsen mit den wirtschaftlichen Problemen auch die sozialen Folgeerscheinungen. Im städtischen Bereich wird dies dadurch verstärkt, daß für soziale Problemgruppen sicher keine Stadtflucht zu verzeichnen ist, wie das z. T. für mittlere und obere Einkommensschichten der Fall ist. Im Gegenteil, die Lebensvoraussetzungen für sozial Schwächere scheinen im städtischen Bereich ungleich attraktiver zu sein. In Wien z. B. ist deutlich, daß Flüchtlinge aus dem Ausland Wien als Aufenthaltsort gegenüber anderen österreichischen Städten bevorzugen.

Auch der Sozialbereich ist in der Krise durch einen stärker werdenden Antagonismus gekennzeichnet. Auf der einen Seite wird der kommunalen Sozialpolitik der Vorwurf gemacht, in Krisenzeiten die für Einzelfälle notwendigen Ausgaben allzustark einzuschränken und gerade auf individuelle Bedürfnisse und Notfälle zuwenig Rücksicht zu nehmen. Verstärkt werden diese Probleme durch die Budgetkrise einerseits und das Ansteigen der Sozialfälle andererseits. Letzteres ist recht eindeutig auf die wachsenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. Denn immer mehr „Normalfamilien“ bilden die Klientel der Sozialämter, Familien deren einziges Problem die mangelnde Beschäftigungsmöglichkeit und als Folge Finanzierungsschwierigkeiten darstellen. Auf der anderen Seite wird immer stärker der Vorwurf laut, daß die kommunale Sozialpolitik es einigen Gruppen in der Gesellschaft ermögliche, auf Kosten der Allgemeinheit zu leben, den Sozialstaat auszunützen. Die Solidarität mit den sozial Schwächeren wird in der Zeit der Krise äußerst brüchig. Nicht ein Mehr an Solidarität, das notwendig wäre, kommt zum Ausdruck, sondern eher die Rücknahme von solidarischen Leistungen wird lautstark gefordert.

Diese drei Formen der Vertrauenskrise, nämlich das Mißtrauen in die wirtschaftliche Kompetenz insbesondere zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme, in die Kompetenz soziale Probleme angemessen zu lösen, und das mangelnde Vertrauen in die Fähigkeit die grundlegenden längerfristigen Lebensvoraussetzungen zu sichern, mögen als die wesentlichen Beispiele der Vertrauens- und z. T. Sinnkrise gelten.

So zeigt Wien – wenngleich weniger ausgeprägt als manche andere europäische und z. T. nordamerikanische Stadt – die typisch städtischen Probleme der späten siebziger und frühen achtziger Jahre. Zu diesen gehören vorrangig: ein unterdurchschnittliches Wachstum bedingt durch die Erosion der industriell-gewerblichen Basis ohne voll kompensierende Expansion des Dienstleistungsbereichs,

- weiters und im Zusammenhang damit, Finanzierungsprobleme auf Grund geringerer Einnahmenzuwächse
- Vorbelastungen durch eine Reihe von in guten Wirtschaftszeiten begonnener Großprojekte
- auf Grund der Krisen höhere Anforderungen im Sozialbereich, im Wohnungsbereich etc.

Entscheidend sind jedoch die geänderten Werthaltungen und die Skepsis der Postmaterialisten gegenüber den Lösungsansätzen der fünfziger und sechziger Jahre: Verlangt werden: Erhaltung und Sanierung anstatt sozialer Wohnungsneubau, Baumschutz statt neuer Straßen, Verkehrsberuhigung statt Beschleunigungsmaßnahmen etc. Konservierende, kleinräumig angelegte Maßnahmen gewinnen Vorrang gegenüber langfristig geplanten, großen Lösungen.

4. Anleihen in der Vergangenheit?

Angesichts dieser Krisenerscheinungen in den Ballungszentren des Kapitalismus: wie steht es mit den kommunalpolitischen Maßnahmen des „Roten Wien“ der Zwischenkriegszeit als Lösungsansatz? Haben diese heute keine Gültigkeit mehr oder sind sie nicht mehr mehrheitsfähig? In diesem Zusammenhang kann sicherlich keine ausreichende Analyse der Politik des Roten Wiens geleistet werden. Aber festzuhalten ist, daß die Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg doch in vieler Hinsicht andere als heute waren. Die Sozialdemokratie konnte sich im wesentlichen auf die Sozial- und Wohnungsfrage konzentrieren. Die Versorgung mit ausreichend, die Gesundheit und das Wohlbefinden fördernden Wohnraum stand im Mittelpunkt der kommunalen Bemühungen. In elf Jahren wurden ab 1923 über 63.000 Wohnungen gebaut. Begleitet wurde diese Wohnungspolitik vom Ausbau der Sozialeinrichtungen vor allem für Kinder und Jugendliche. Die Verkehrsprobleme hingegen konnten stark vernachlässigt werden, ebenso wurde dem Umweltbereich wenig Beachtung geschenkt – abgesehen von einer meist vorbildlichen Gestaltung des unmittelbaren Wohnumfeldes der großen Wohnhausanlagen. Überdies war der Klassencharakter und damit die Bindung der Arbeiterschaft an die sozialdemokratische Bewegung weitaus ausgeprägter als heute.

Diese Voraussetzungen sind in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nicht mehr gegeben. Die Konzentration auf einige wenige zentrale Bereiche ist nicht möglich. Denken wir an die Probleme des Individual- und Massenverkehrs, an die Beeinträchtigung von Gesundheit und Wohlbefinden durch gefährliche Emissionen und die unbewäl-

tigten Probleme der Entsorgung. Durch die vermehrte Freizeit stiegen einerseits die Ansprüche an die Wohnung und die Wohnumgebung, andererseits aber auch – unterstützt durch den gehobenen wirtschaftlichen Wohlstand – die Möglichkeiten, außerhalb der Stadt zu wohnen. Die Städte – so auch Wien – haben sich räumlich ausgedehnt, mit all den Folgewirkungen auf die Infrastruktur und hinsichtlich der Integrations-schwierigkeit in den „Trabantenstädten“. Die Ansprüche an die Stadtverwaltung sind sowohl gestiegen als auch widersprüchlicher geworden. So drohen besonders sozialdemokratische Parteien durch divergierende Ansprüche und Erwartungen geschwächt zu werden. Einerseits sollen sie in ihrer traditionellen Arbeitnehmerpolitik fortfahren (Sicherung der Arbeitsplätze auch in Krisenbranchen wie der Bauwirtschaft, schichtspezifischen Ausgabenpolitik, etc.), andererseits sollen sie gemäß den Vorstellungen vieler Jugendlicher aus allen Schichten eine sanfte, grüne Kommunalpolitik betreiben.

Diese Vielfalt der Probleme und die Erosion des Klassenzusammenhalts machen eine vorwiegend klassenbezogene Kommunalpolitik also immer schwieriger. Nun gab es allerdings kaum eine von grundsätzlichen Überlegungen ausgehende Neubestimmungen der Kommunalpolitik. Vielfach mischte sich marxistische Rhetorik mit technokratischer, um nicht zu sagen: opportunistischer Praxis. Wenn es in letzter Zeit zu einer neuerlichen Beschäftigung mit dem Roten Wien, vor allem der vorbildlichen Wohnbaupolitik gekommen ist, so soll dies sicher genützt werden, um übertragbare Elemente in die heutige Zeit zu übersetzen. Die Kommunalpolitik für morgen muß jedoch aufgrund der heutigen sozialen Zusammenhänge und Bedingungen geformt werden.

Zuletzt bleibt also die Frage, wie die Kommunalpolitik auf die heutigen Krisenerscheinungen konstruktiv im Sinne der Weiterentwicklung der Städte reagieren kann. Vorerst ist festzuhalten, daß Städte weniger denn je abgezielte, gesonderte Einheiten darstellen. Es kommen sogar wie anfangs erwähnt, Krisenerscheinungen deutlicher zum Ausdruck als in anderen gesellschaftlichen Subsystemen. Die Städte können aber jedenfalls die gesamtstaatliche Politik in ihrem Bereich unterstützen, indem sie die konkreten Maßnahmen auf ihre spezifischen Bedingungen abstellen. In erster Linie stellt sich die Frage, welche wirtschaftliche Aktivitäten am ehesten stadtdäquat sind und damit auf welche Unternehmungen die städtischen Gebiete eine relativ starke Anziehungskraft ausüben. Hier wird der Schwerpunkt darin liegen müssen, jene wirtschaftlichen Aktivitäten in den Städten zu halten und anzuziehen, die auf dem kombinierten Einsatz typisch städtischer Produktionsfaktoren wie ausgebildete Arbeitskräfte, hochspezialisierte Finanzierungs- und Beratungsinstitutionen, Forschungsstätten etc. beruhen.³

Das betrifft sowohl die Industrie als auch den Dienstleistungsbereich. In vielen Fällen wird es zu einer Vermischung traditioneller Grenzen zwischen diesen beiden Bereichen kommen. Andererseits bestehen durchaus Expansionschancen im traditionellen Freizeit- und Unterhaltungsbereich. Vor allem dann, wenn die Städte eine neue und verstärkte

Funktion in den Bereichen der Kommunikation und Freizeit finden. Diese Möglichkeiten sollten vor allem dann genützt werden, wenn in Folge der Arbeitszeitverkürzung der Freizeitraum ausgedehnt wird, die Möglichkeiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens zeitlich erweitert werden. Nun ist es vom gesellschaftlichen Standpunkt aus nicht wünschenswert, jedes Mehr an Freizeit zu kommerzialisieren. Aber wie die Erfahrungen hochentwickelter Nationen wie der USA zeigen, besteht ein großer Spielraum für die Ausdehnung des Unterhaltungs- und Freizeitsektors, vor allem der Gastronomie usw., der für die Städte extensiv zu nutzen wäre.

Solche Entwicklungen können auch für Wien in den letzten 10 Jahren recht deutlich festgestellt werden. Die Stadt als Stadt der Freizeit kann damit durchaus erfolgversprechend in Konkurrenz treten zur Freizeit im Einfamilienhaus bzw. im Zweithaus außerhalb des städtischen Bereiches.

Die Stadt wird allerdings nur dann als Wohn- und Freizeitstadt bestehen können, wenn sie dem Umweltbereich eine viel größere Aufmerksamkeit schenkt als dies in der Vergangenheit der Fall war. Nun sind in vielen Städten, nicht zuletzt auch in Wien, dem Stadtkern umfangreiche Planungs- und Gestaltungsaktivitäten gewidmet worden. Ausgedehnte Fußgängerzonen haben sich entwickelt, die historische Bausubstanz wurde bewahrt und renoviert. In Zukunft gilt es aber in geänderter Form, das was vornehmlich für den Stadtkern bisher gegolten hat, auch auf andere Stadtteile anzuwenden und im speziellen eine sozialdemokratische Stadtverwaltung bringt dafür besondere Voraussetzungen auf Grund ihrer spezifischen sozialen und regionalen Verankerung innerhalb der Städte mit sich.

Die Betonung des Zusammenlebens, der Kommunikation in der Stadt gegenüber einer rein funktionalen Stadt, in der Arbeiten, Wohnen, Freizeit etc., als mehr oder weniger getrennte unabhängige städtische Funktionen gesehen werden, hat auch für den Sozialbereich Konsequenzen. Einerseits darf man sich nicht der Illusion hingeben, daß eine Rückkehr zu traditionellen Formen des Zusammenlebens und der gegenseitigen Unterstützung möglich ist. Überdies wird im Rahmen der Nostalgie die Häufigkeit und die Wirksamkeit solcher Unterstützungsformen bei weitem überschätzt und idealisiert. Auf der anderen Seite müßten jedoch alle Bestrebungen unterstützt werden, die in Ergänzung zur finanziellen und institutionalisierten Hilfe Formen der kleinräumigen, aus ähnlicher Interessenlage und auch dem Bedarf entspringenden Hilfe und Unterstützung anbieten. Das gilt nicht nur für den Sozialbereich im engeren Sinn, sondern auch für die Gesundheitsversorgung.

Die Kritik an der „öffentlichen“ Sozialpolitik ist vor allem dann fehlgeleitet, wenn der Anspruch erhoben wird, durch solche autonomen Formen der gesellschaftlichen Unterstützung und Hilfe die traditionellen Formen völlig zu ersetzen. Aber nicht nur aus den ökonomischen Gründen der Budgetkrise, sondern vor allem auch aus der Suche nach Überlebenschancen für Städte, gilt es, jene Bereiche auszuloten, wo

solche ergänzende Maßnahmen einen Eigenwert dadurch bekommen, daß sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das soziale Netz, das Städte bieten können, fördern.

5. Die Zukunft der Städte

Denn angesichts der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen der Vergangenheit muß man sich ernsthaft fragen, ob Städte überhaupt noch eine Zukunft haben, ob wir nicht vielmehr in der Nach-Stadt-Ära leben. Um diese Fragen zu stellen, muß man keineswegs ein Gegner der Stadt sein. Vielfach könnte es ja gerade der Erfolg der Städte, des urbanen Lebens sein, der die Städte als eigene territoriale, räumliche Einheit in den Industriegesellschaften überholt macht. In diesem Zusammenhang verweisen viele mit Recht darauf, daß die gesamte Gesellschaft urban geworden ist. Die modernen Kommunikationsmittel haben städtische Grenzen im traditionellen Sinn hinfällig gemacht und städtische Lebensformen zu Lebensweisen der gesamten Gesellschaft gemacht. Die „Gemeinschaft“ hat ihre Bedeutung verloren, traditionelle Bindungen wurden abgebaut.

Noch radikaler vertritt diese Meinung z. B. der berühmte amerikanische Ökonom und Sozialtheoretiker K. Boulding⁴. Die heutige Stadt ist für ihn ein Überbleibsel aus der Vergangenheit. Städte, im Sinne von lokal abgegrenzten Gemeinschaften haben nämlich nur eine Bedeutung, wenn sie aus entscheidungsfähigen Bürgern gebildet werden. Die mangelnde Möglichkeit – angesichts der komplexen urbanen Gesamtgesellschaft –, über das eigene Schicksal zu entscheiden, habe zum Bevölkerungs- und Funktionsverlust der Städte geführt. Und so entspreche die Stadt weder dem alten kollektiven noch dem heute dominierenden individualistischen Prinzip. Allerdings bedeutet der Verfall der Städte keine Rückkehr zum Landleben. Vielmehr sei er eine Folge und ein Kennzeichen der Urbanisierung des ganzen Lebens, der ganzen Welt.

Hinzu kommt, daß die Städte heute in noch stärkerem Ausmaß in ihrer Funktion von technologischen Entwicklungen bedroht werden, die die gesamte industrielle Gesellschaft in ihrer traditionellen Form und insbesondere die Existenzsicherung der Arbeitnehmer in Frage stellen. Fabriken, in denen Roboter – voll computergesteuert – die Arbeit verrichten, sind vom Gedankenbild zur Wirklichkeit geworden. Der zunehmende Einsatz von Textverarbeitungsgeräten, Mikroprozessoren etc. vernichtet auch im Dienstleistungssektor Arbeitsplätze. Die Dezentralisierung von Arbeitsplätzen mit entsprechenden Computeranschlüssen zu Hause wird in vielen Bereichen ernsthaft diskutiert⁵. Bei einer Verstärkung und Durchsetzung dieser Entwicklungen würde der Mensch zunehmend aus den Werkstätten, aus den Fabriken und auch aus den Büros verdrängt werden. Diese möglichen Entwicklungen stellen eine große Herausforderung an die Kommunalpolitik dar.

So sehr in diesem Beitrag Krisenerscheinungen, ja Auflösungs-

scheinungen der Ballungszentren im Vordergrund stehen, so muß dennoch auf das vorhandene Potential der Städte verwiesen werden, vor allem auf ihre Reichhaltigkeit und Vielfalt. Allerdings gehört dazu auch ein fixer Bestand von Einrichtungen, die in zweifacher Hinsicht zum Hemmschuh wurden. Einerseits infolge ihrer Größe und relativen Inflexibilität und anderseits durch den großen Finanzaufwand, den sie erfordern.

Sie stehen vielfach den, in den post-materialistisch orientierten Gesellschaftsschichten vertretenen Werten und Bedürfnissen diametral entgegen. Diese verlangen dezentrale, überschaubare und an die individuellen Bedürfnisse anpassungsfähige und damit meist kleinere Einheiten.

Nehmen wir nur die in vielen Städten zu Sorgenkindern gewordenen Kliniken einerseits und die Kritik an der „Apparatemedizin“ andererseits. Oder denken wir an die dem zunehmenden Individualverkehr immer wieder nachhinkenden Stadtautobahnen und an die Forderung nach Verkehrsberuhigung z. B. durch Fußgängerzonen, Wohnstraßen und großzügige Anlegung von Radwegen. Zu erwähnen sind auch der mehrgeschoßige Sozialwohnungsbau incl. Hochhäuser und im Gegensatz dazu das Verlangen nach Schrebergärten, verdichtetem Flachbau usw.

Bei der in vielen Fällen berechtigten Kritik an den der Wachstumsorientierung verhafteten Einrichtungen wird jedoch vieles vergessen. Erstens sind diese Ausdruck einer bestimmten historischen Epoche und ihrer Bedürfnisse, zweitens erfüllen sie auch heute noch wertvolle Funktionen und drittens, so banal das klingen mag, sind sie – ob uns das willkommen ist oder nicht – fixer Bestandteil unserer baulichen und sozialen Umwelt.

Prinzipien müssen sich bekämpfen und um die Durchsetzung ringen, es wäre aber höchst an der Zeit und vorrangige Aufgabe der Kommunalpolitik, sich Gedanken um die Integration scheinbar unvereinbarer Grundsätze zu machen. Wie kann ein Zentralkrankenhaus mit 1500 oder 2000 Betten dennoch dem einzelnen Patienten (und auch Mitarbeiter) als humanes Krankenhaus gegenüberreten? Wie können solche Spitäler und auch andere stationäre Institutionen mit ambulanten Einrichtungen und entsprechenden Zwischeneinrichtungen (Tageskliniken, Nachtkliniken etc.) in ein flexibles sozial-medizinisches System integriert werden, wie das mit recht großem Erfolg – wenn auch noch nicht vollständig – auf psychiatrischem Gebiet in Wien gelungen ist? Diese Fragen stellen sich genauso in der Altersversorgung wie auch in veränderter Form außerhalb des medizinischen und sozialen Sektors.

Entscheidend ist jedenfalls, daß in einer Stadt die Voraussetzungen für solche integrierte Systeme viel eher gegeben sind als anderswo⁶. In einer Stadt *kann* das Gesundheitssystem von der Organtransplantation bis zur psychosomatischen Betreuung alles umfassen. Für die Alten *kann* vom Pensionisten – und Altersheim bis zu Essen auf Rädern und der Nachbarschaftshilfe alles geboten werden. Eine Stadt – insbesondere Wien – *kann* großräumige Erholungsräume ebenso bieten wie

kleinere grüne Inseln im dichtverbauten Gebiet. Verbunden können diese Grünräume durch entsprechend gestaltete Wohnstraßen, Radwege etc. werden. Und im Bezug auf die wirtschaftlichen Aktivitäten stehen Forschungseinrichtungen, die Vielfalt von Finanzierungssituationen und ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung. Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, die entsprechenden Organisationsaufgaben zu erfüllen. Es gilt die notwendigen Verbindungen herzustellen, Systeme zu konstruieren, Netze zu knüpfen. Nicht umsonst nennen die Alternativen und andere grüne Gruppen in den Städten der BRD das von ihnen gestaltete Produktions- und Leistungsangebot Netzwerk. Nun besteht eine Stadt allerdings aus vielen Netzen und diese Netze können und sollen nicht bloß „alternative“ Einrichtungen umfassen. Aber nicht der Bestand verschiedener Einrichtungen in ihrer Vielfalt macht schon ein Netz aus, sondern erst die bewußte Verknüpfung der einzelnen Elemente. In vielen – wenngleich nicht in allen – Fällen können dadurch auch Kosten eingespart werden. Insbesondere dann, wenn stationäre Institutionen und ihre Einrichtungen auch für ambulante Dienste verwendet werden aber auch wenn durch die Koordinierung privater Institutionen die Ansprüche an die öffentliche Hand gering gehalten werden.

Zusammenfassung

Die größeren Städte West- und Mitteleuropas erleben spätestens seit Anfang der siebziger Jahre Grenzen ihres Wachstums. Dies sowohl in demographischer Hinsicht als auch wirtschaftlich. Aber nicht nur der Unterbau dieser gesellschaftlichen Systeme ist betroffen, sondern auch der Überbau, jedenfalls soweit es die Einstellungen und Werthaltungen der meist jungen, neueren Mittelschicht betrifft. Diese Grenzen des traditionellen Wachstums schränken den kommunalpolitischen Handlungsspielraum relativ stark ein. Vor allem werden verschiedene Maßnahmen für eine linke Politik dadurch aus der Wahl ausgeschieden, daß sie von, gleichermaßen von einer linken Politik anzusprechenden Gruppen (z. B. traditionelle Arbeiterschicht einerseits und die mehr post-materialistisch orientierten jüngeren Angestellten, Lehrer etc. andererseits) gegensätzlich bewertet werden. Der Dissens verläuft dabei eben nicht entlang von Klassengrenzen, jedenfalls viel weniger als dies z. B. in der Zwischenkriegszeit der Fall war. Damit kann die Übertragbarkeit von Lösungen aus dieser Zeit z. B. im Rahmen des Roten Wien auf die heutigen Probleme kaum als Alternative angesehen werden.

Überdies sind mit zunehmender Quantität Probleme neuer Qualität entstanden. 60.000 kommunale Wohnungen sind anders und vor allem leichter zu verwalten als 200.000 Wohnungen. Ähnliches gilt für Kindergärten, Spitäler etc. Hinzu kommt, daß die Verteuerung der Arbeit besonders die (in unserem Fall öffentlichen) Dienstleistungen betrifft. Jedenfalls stellen rein oder vorwiegend öffentliche Lösungen nicht

immer die besten beziehungsweise oft nicht finanzierbare Lösungen dar. Andererseits muß sich die öffentliche Hand um mehr Lösungen *kümmern* als zur Zeit des Roten Wien.

Dies so auf einen Nenner zu bringen, daß sowohl die Chancen der nach wie vor benachteiligten Schichten verbessert werden, als auch die Postmaterialisten genug Chancen für ihre Lebensweise bekommen, ist eine Aufgabe sozialdemokratischer Kommunalpolitik, die an die Quadratur des Kreises erinnert.

Anmerkungen

- 1 Siehe z. B.: Klinikum Aachen: Monster mit gutem Kern, Die Zeit Nr. 16, 13. April 1984, Seite 25, Uni-Kliniken: Monströse bauliche Fehlgeburt? Frankfurter Rundschau, 16. April 1984, Seite 15 und Glasglatt durch alle Horizonte; Die Presse 21/22. April 1984
- 2 K. Gerard, New York City's Economy: A Decade of Change, New York Affairs, vol. 8, Nr. 2, 1984
- 3 Siehe z. B. Gründerzentrum Berlin: Neuer Mut in alten Mauern, Die Zeit Nr. 11, 9. April 1984
- 4 Kenneth E. Boulding, The City as an Element in the International Systems, Daedalus 1968, S. 1111 ff.
- 5 Siehe Joanne H. Pratt, Home Teleworking: A Study of its Pioners, Technological Forecasting and Social Change, vol. 25, 1/1984
- 6 Siehe z. B. Jean Gottmann, The Coming of the Transactional City, Maryland 1983